

■ ANZEICHEN FÜR NACHLASSEN DER HOHEN WIRTSCHAFTS- DYNAMIK

Getragen von kräftiger Auslandsnachfrage, reger Investitionstätigkeit und hoher Kaufkraft der Konsumenten wurde die Produktion im bisherigen Jahresverlauf beträchtlich ausgeweitet. Nun zeigen sich aber erste Anzeichen einer bevorstehenden Wachstumsverlangsamung. Der Anstieg der Erdölpreise trägt zu einer Abschwächung der Nachfrage nach Vorleistungen bei und dämpft die Entwicklung des verfügbaren Einkommens der Haushalte fühlbar.

Das Bruttoinlandsprodukt wuchs in Österreich im 1. Halbjahr 2000 preisbereinigt um nahezu 4%. Dazu trug die lebhaftere Nachfrage aus dem EU-Binnenmarkt und von wichtigen Handelspartnern in Ost-Mitteleuropa und Nordamerika ebenso bei wie die rege Investitionsdynamik im Bereich der Maschinen und Fahrzeuge und das starke Wachstum von verfügbarem Einkommen und Konsumnachfrage der privaten Haushalte. Verschiedene Indikatoren deuten darauf hin, dass Nachfrage und Produktion auch im III. Quartal merklich expandierten.

Der Export wies im Sommer neuerlich zweistellige Zuwachsraten auf (Juli nominal +11% gegenüber dem Vorjahr). Während die Ausfuhr in die OPEC-Länder, nach Nordamerika und Osteuropa überdurchschnittlich ausgeweitet wurde, verlangsamte sich aber das Wachstum der Nachfrage aus den EU-Ländern.

Der arbeitstägig bereinigte Produktionsindex der Sachgütererzeugung lag im Juli um 10% über dem Wert des Vorjahres (1. Halbjahr +12¼%). Besonders kräftig gesteigert wurde die Produktion von Vorleistungsgütern, Investitionsgütern und dauerhaften Konsumgütern. Der WIFO-Konjunkturtest zeigt auch für das III. und IV. Quartal eine hohe Kapazitätsauslastung in der Sachgütererzeugung. Allerdings weisen die Stimmungsindikatoren auf eine bevorstehende Abschwächung der raschen Expansion hin: Der Überhang der Unternehmen, die für die nächsten Monate eine Zunahme der Produktion erwarten, hat sich von 16 Prozentpunkten im II. Quartal auf 12 Prozentpunkte im IV. Quartal verringert. Vor allem in der Erzeugung von Vorprodukten trübt sich die Stimmung ein, und auch die Bauzulieferer sind pessimistischer. Hingegen hält die rege Nachfrage nach Investitionsgütern an, die Betriebe der technischen Verarbeitung melden eine ausgezeichnete Geschäftslage.

Der Konjunkturbericht entsteht
jeweils in Zusammenarbeit aller
Mitarbeiter des WIFO.

Der drastische Anstieg der Erdölpreise trägt nicht nur zur Abschwächung der Produktion von Vorleistungen bei, er beeinträchtigt auch die Kaufkraft der privaten Haushalte merklich. Der Preisauftrieb erreichte auf Verbraucherebene im September mit 3% den höchsten Wert der letzten sechs Jahre. Ausschlaggebend waren dafür primär die Energieverteuerung und die Erhöhung indirekter Steuern. Die Kerninflation (ohne Energie- und Nahrungsmittelpreise) erhöhte sich im September auf 2,2%. Industriell-gewerbliche Waren verteuerten sich im III. Quartal gegenüber dem Vorjahr bereits um 3/4%. In den nächsten Monaten könnten die Unternehmen tendenziell den Anstieg der Energiekosten bzw. die Steuererhöhungen auf die Preise industriell-gewerblicher Waren überwälzen. Die Beschleunigung des Preisauftriebs zehrt reale Zuwächse der Bruttoeinkommen auf. Die verfügbaren Nettomasseneinkommen wachsen derzeit dank der Senkung der Lohn- und Einkommensteuer zu Jahresbeginn 2000 und der Ausweitung der Familientransfers.

Die kräftige Steigerung der Produktion schlägt sich auf dem Arbeitsmarkt positiv nieder. Von Jänner bis Oktober stieg die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienster und Bezieher von Karenzgeld) gegenüber dem Vorjahr im Durchschnitt um 31.000 (+1%, Oktober +21.300). Dank besonders raschen Wachstums der Produktion in der Sachgütererzeugung wird die Beschäftigung hier wieder ausgeweitet. Aufgrund der abgeschwächten Dynamik des Arbeitskräfteangebotes bietet der Konjunkturaufschwung nun auch Arbeitslosen verstärkt Beschäftigungschancen. Die Zahl der Arbeitsuchenden sank im Oktober um 23.000 auf durchschnittlich 171.500. Auf eine dem Arbeitsmarktservice gemeldete offene Stelle kamen zuletzt noch 5 Arbeitslose.

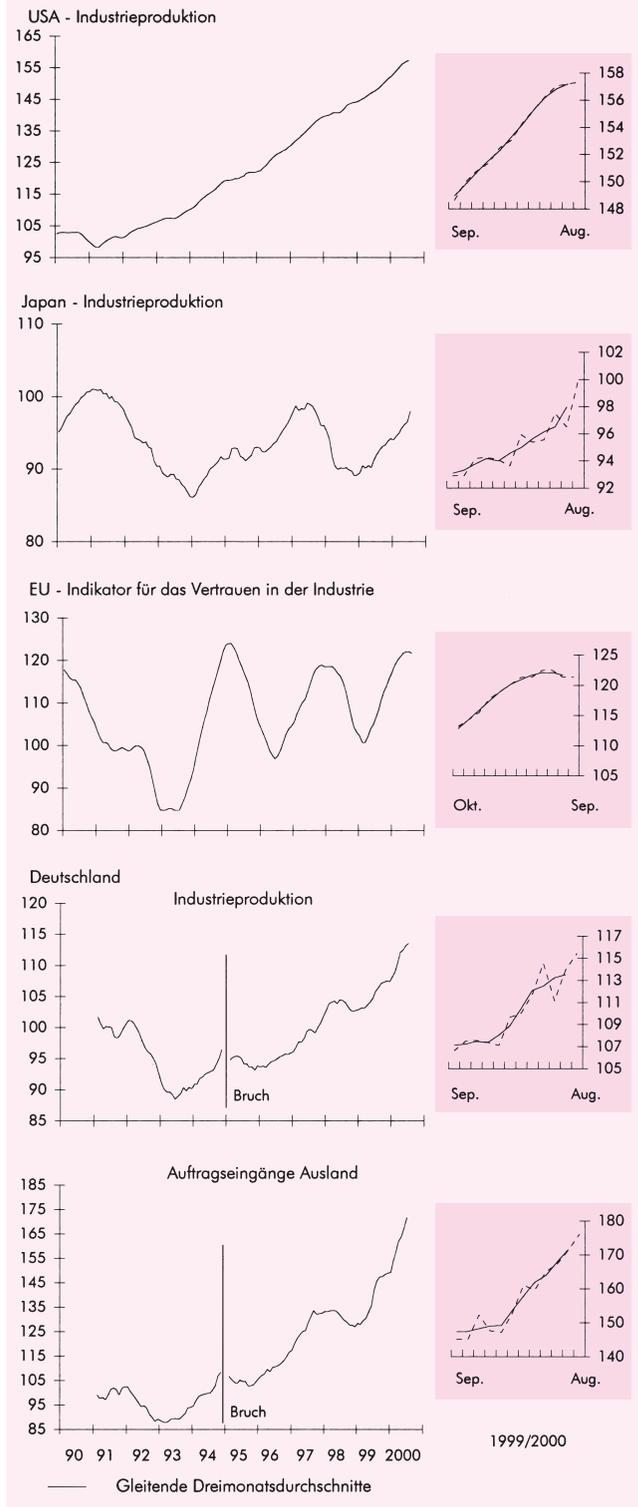
WACHSTUMSABSCHWÄCHUNG IN DEN USA, STIMMUNG IN EUROPA GEDÄMPFT

Nach einem Boom im 1. Halbjahr verlangsamte sich das Nachfragewachstum in den USA merklich. In Europa dämpft der Anstieg der Erdölpreise die Einkommensentwicklung, die Konsumentenstimmung trübt sich ein.

Im 1. Halbjahr 2000 zeigte sich in den Industrieländern Nordamerikas und Europas eine beträchtliche Ausweitung von Nachfrage und Produktion. In den USA expandierte das reale BIP in den ersten zwei Quartalen um fast 6% (saisonbereinigt auf Jahresbasis). Den Konjunkturmotor bildete die inländische Verwendung. Private Haushalte und Unternehmen nutzten ihre günstige Finanzsituation zu umfangreichen Ausgaben. In Europa betrug das Wachstum im 1. Halbjahr um 3 1/2%. Die In-

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1991 = 100



landsnachfrage zeigte sich (mit Ausnahme von Italien und Deutschland) rege, wesentliche Wachstumsimpulse kamen aber auch – unterstützt von den sehr günstigen Wechselkursrelationen – vom Export.

In den USA dürfte nun die lange erwartete Wachstumsverlangsamung eingesetzt haben. Nach vorläufigen Berechnungen expandierte die Wirtschaft im III. Quartal

nur noch mit einer saisonbereinigten Jahresrate von real weniger als 3%. Wachstumsbremsend wirkender Anstieg der Leitzinsen, die deutliche Verschlechterung der Terms-of-Trade im Zuge der Verdreifachung der Erdölpreise und auch die starke Dollaraufwertung. Vor allem die Investitionsnachfrage verlor an Schwung.

Die Konjunkturumfragen der Europäischen Kommission spiegeln im III. Quartal noch eine recht günstige Stimmung in der Industrie wider. Die Kapazitätsauslastung stieg neuerlich leicht, Auftragsbestände und weitere Produktionsentwicklung wurden nach wie vor optimistisch eingeschätzt. In Deutschland, wo die Belegung erst verspätet eingesetzt hat, zeigen sich nun bereits frühe Anzeichen einer Wachstumsverlangsamung: Der Ifo-Geschäftsklimaindex ist seit mehreren Monaten rückläufig, die Auftragseingänge in der Sachgütererzeugung waren im September markant niedriger als zuletzt, und die Inlandsnachfrage entwickelt sich – besonders in der Bauwirtschaft – verhalten.

Stärker als in der Industrie hat sich in der EU im September die Stimmung der Konsumenten verschlechtert, allerdings von sehr hohem Niveau ausgehend. Dies hängt vor allem mit den Energiepreiserhöhungen zusammen. Allerdings ist dies nicht eine temporäre – durch öffentliche Diskussionen ausgelöste – Stimmungseintrübung, denn die Verschlechterung der Lage basiert auf einer deutlichen Umverteilung verfügbarer Einkommen zulasten der Konsumenten in den Industrieländern. Nachfrageeffekte scheinen unausweichlich. Dem werden umfangreiche Steuersenkungen entgegenwirken, die zu Jahresbeginn 2001 u. a. in Deutschland, Frankreich und Italien in Kraft treten.

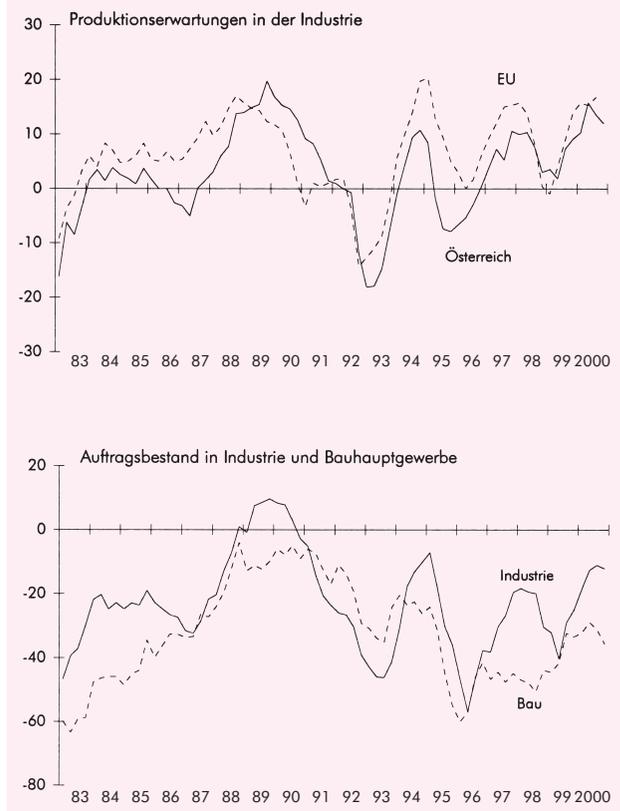
ANZEICHEN FÜR EINE ABSCHWÄCHUNG DES BOOMS IN DER INDUSTRIE

In der österreichischen Sachgütererzeugung hat die Produktion in den ersten drei Quartalen 2000 so kräftig zugenommen wie seit 1994 nicht mehr. Im WIFO-Konjunkturtest für das IV. Quartal mehren sich aber die Hinweise auf eine bevorstehende Verlangsamung des Wachstums. Besonders in der Produktion von Vorleistungsgütern hat sich das Geschäftsklima eingetrübt. Die Investitionsgüterindustrie sieht sich hingegen anhaltend hoher Nachfrage aus dem In- und Ausland gegenüber.

Der Boom in der Industrieproduktion dürfte seinen Höhepunkt im Sommer erreicht haben. Im 1. Halbjahr lag die Wertschöpfung der Sachgütererzeugung real noch

Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests

Salden aus positiven und negativen Meldungen in % der befragten Unternehmen, saisonbereinigt



um 7½% über dem Niveau des Vorjahres. Umfragergebnisse und Beschäftigungsdaten deuten auf beträchtliche Produktionszuwächse auch im III. Quartal hin. Die Produktion von Vorleistungsgütern expandierte dabei besonders stark. Dies könnte auch als Hinweis auf einen Lagerboom im Bereich der industriellen Vorprodukte mit hohem Energiegehalt im Zuge des rasanten Anstiegs der Energiepreise interpretiert werden.

Die Ergebnisse des jüngsten WIFO-Konjunkturtests liefern nun aber erstmals Hinweise auf eine bevorstehende Verlangsamung des Wachstums in der Sachgütererzeugung. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung ist im IV. Quartal immer noch hoch (84,8%). Die Beurteilung des Geschäftsklimas durch die Unternehmen hat sich jedoch seit dem Frühjahr etwas verschlechtert, wenngleich sie noch merklich über dem langjährigen Durchschnitt liegt. Der Überhang von Unternehmen, die für die nächsten Monate mit einer Produktionsausweitung rechnen, verringerte sich von 16 Prozentpunkten im II. Quartal auf 12 Prozentpunkte. Auch die Einschätzung der Auftragslage und der aktuellen Geschäftslage fiel etwas gedämpfter aus als zuletzt.

Besonders eingetrübt hat sich die Einschätzung der aktuellen Geschäftslage durch die Erzeuger von Vorleistungen. Hatte im I. Quartal die günstige Beurteilung um 22 Prozentpunkte überwogen, so zeigte sich im IV. Quartal erstmals ein geringfügiger Überhang der

pessimistischen Unternehmen. Während die Auftragsbestände noch als gut eingestuft werden, deuten stärker in die Zukunft orientierte Indikatoren auf eine merkliche Abschwächung des Produktionswachstums hin.

In der technischen Verarbeitung fällt die Einschätzung der Konjunktursituation günstiger aus als in den anderen Bereichen. Dieser Sektor profitiert nach wie vor von der merklichen Ausweitung des Maschinen- und Fahrzeugbestands in der österreichischen Wirtschaft, wie sie auch der WIFO-Investitionstest bestätigt. Die bevorstehende Abschaffung des Investitionsfreibetrags bildet einen zusätzlichen Anreiz, beabsichtigte Investitionen vorzuziehen. Den heimischen Unternehmen kommt aber auch die anhaltend kräftige Zunahme der Auslandsaufträge zugute: In Deutschland expandiert vor allem die Produktion von Vorleistungs- und Investitionsgütern noch stark. Die österreichische Ausfuhr von Maschinen und Fahrzeugen lag von Jänner bis Juli um 18% über dem Vorjahresniveau.

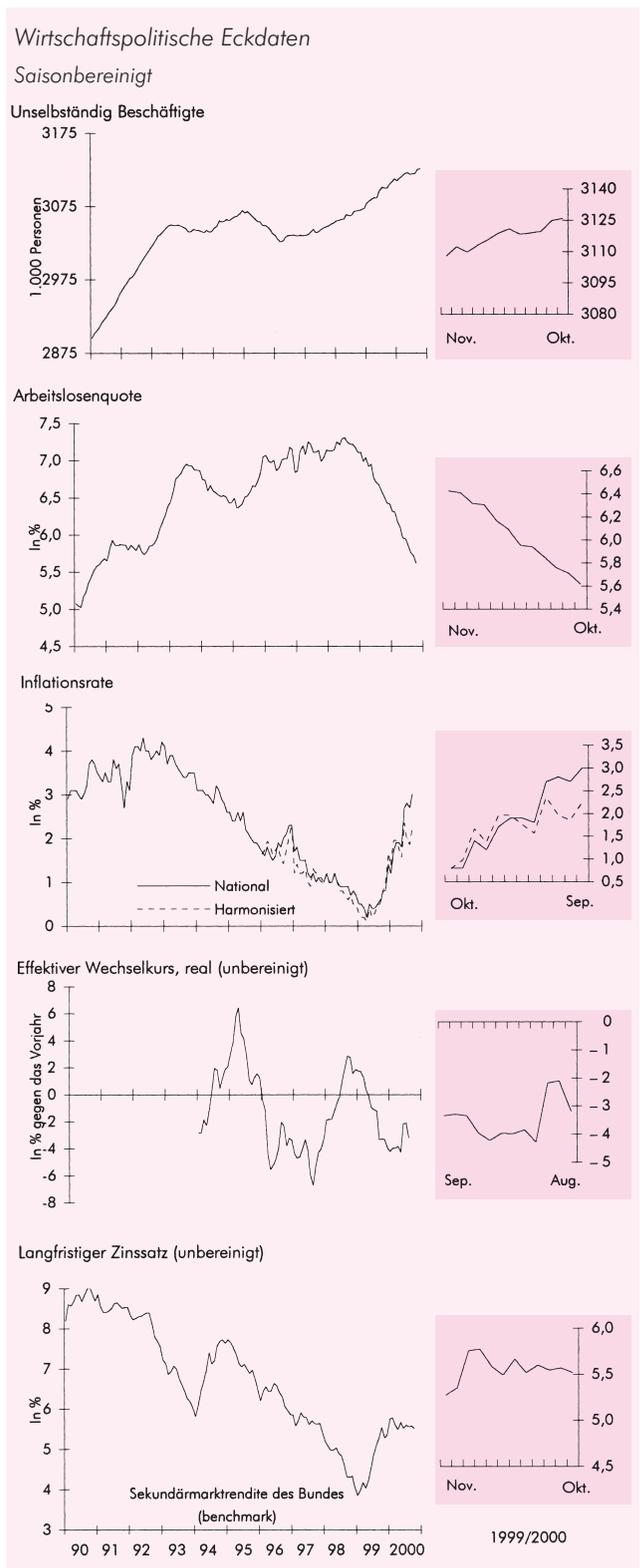
Auch die Hersteller traditioneller Konsumgüter verzeichnen noch keine eindeutigen Hinweise auf eine Konjunkturabschwächung, in diesem Sektor hinkt der Konjunkturverlauf allerdings hinter anderen Branchen nach.

In der Bauzulieferindustrie weisen hingegen alle Indikatoren auf eine – leichte – Abschwächung hin. Dies spiegelt auch die Lage in der Bauwirtschaft selbst wider, deren Produktion schon im II. Quartal nur schwach wuchs. Der Wohnungsneubau ist mangels Nachfrage weiterhin rückläufig; nun bleibt auch im stark von öffentlichen Infrastrukturaufträgen abhängigen Tiefbau die Produktion wieder unter dem Vorjahresniveau. Der Wirtschafts- und Bürobau hingegen expandiert weiterhin lebhaft.

REGIE AUSSENHANDELSTÄTIGKEIT

Der österreichische Export zeigte sich auch im Sommer sehr kräftig. Von Jänner bis Juli lag die Ausfuhr laut Statistik Österreich nominell um 16% über dem Wert des Vorjahres. Der Anstieg der Erdölpreise und die damit verbundene Umverteilung von Kaufkraft zugunsten der erdölexportierenden Länder bewirkte in den Sommermonaten eine merkliche Erhöhung der Nachfrage aus diesen Regionen, die Exporte wiesen zweistellige Wachstumsraten auf. Zuwächse in dieser Dimension werden auch im Export nach Ost-Mitteleuropa erzielt. Hingegen hat sich die Zunahme der Ausfuhr in die EU-Länder abgeschwächt, sie betrug im Sommer nur noch 2¾% gegenüber dem Vorjahr. Die OeNB-Statistik der Zahlungseingänge aus Warenlieferungen zeigt bis August einen Zuwachs von 15%.

Trotz der günstigen Entwicklung von Konsum und Investitionen steigt die Inlandsnachfrage und damit der Warenimport schwächer als die Auslandsnachfrage. Die Außenhandelsstatistik weist für Jänner bis Juli eine nominelle Zunahme der Einfuhr um 13% gegenüber dem



Vorjahr aus. Dabei lagen die Importe aus den OPEC-Ländern und aus Russland nominell um mehr als 50% über dem Vorjahreswert. Auch die Dynamik der Importe aus Osteuropa verstärkt sich, die Einfuhr wird nun merklich stärker gesteigert als die Ausfuhr. Damit geht der hohe österreichische Handelsbilanzüberschuss gegenüber den osteuropäischen Handelspartnern leicht zurück. Dies trägt zur Erleichterung des Aufholprozesses der Transformationsländer bei.

Im Tourismus verlief die Sommersaison verhalten. Die Zahl der Nächtigungen lag von Mai bis September um 2,7% unter dem Wert des Vorjahres. Während im Bereich der Inländernächtigungen leichte Zuwächse zu bilanzieren waren (+1,4%), verringerte sich die ausländische Nachfrage um 4,4%. Vor allem Besucher aus Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Italien blieben aus. Die Umsätze wuchsen dagegen im Vorjahresvergleich um rund 3%. Insgesamt setzt sich der Trend zugunsten qualitativ höherwertiger Unterkünfte fort.

Das Defizit der Leistungsbilanz betrug in den ersten acht Monaten 2000 laut Cash-Angaben der OeNB 59 Mrd. S, um 26 Mrd. S mehr als im Vorjahr. Die Zunahme des Defizits in der Warenbilanz wird von den hohen Importpreisen der Rohstoffe und der guten Inlandsnachfrage geprägt. Der Überschuss in der Reiseverkehrsbilanz ging im Vorjahresvergleich um fast 3 Mrd. S zurück.

PREISAUFTRIEB VERSTÄRKT SICH

Der Anstieg der Energiepreise und die Erhöhung indirekter Steuern schlagen sich in der höchsten Inflationsrate seit sechs Jahren und einer markanten Dämpfung der Kaufkraft nieder. Die Überwälzung des Kostenanstiegs auf die Preise industriell-gewerblicher Güter ist bislang noch schwach.

Der Preisauftrieb hat sich im Herbst merklich verstärkt. Im September stieg der Verbraucherpreisindex gegenüber dem Vorjahr um 3% – so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr. Der Energieindex, der die Kostenentwicklung für Haushaltsenergie und Treibstoffe erfasst, lag um 13% über dem Vorjahreswert.

Die wichtigste Determinante für diese Entwicklung bildet der Preissprung der Erdölnotierungen auf den Weltmärkten, der durch die Abwertung des Euro zusätzlich verstärkt wird. Im III. Quartal war Rohöl auf Schillingbasis um 68% teurer als im Vorjahr. Aber auch die Erhöhung der Stromsteuer und der motorbezogenen Versicherungssteuer vom Juli schlägt sich im Anstieg des VPI nieder. Von der Inflationsrate von 3% im September geht etwa 1 Prozentpunkt auf die Verteuerung von Beleuchtung und Beheizung sowie von Treibstoffen zurück. 0,3 Prozentpunkte resultieren aus der Anhebung der motorbezogenen Versicherungssteuer.

Auch die Preise von Nahrungsmitteln und Getränken haben zuletzt kräftig angezogen (+1,8% gegenüber dem Vorjahr). Die Inflationsrate ohne Saisonwaren (Obst, Gemüse, Kartoffeln) lag im September um 0,2 Prozentpunkte unter dem Anstieg des VPI. Bereinigt man die Entwicklung auf Konsumentenebene um die Energie- und Nahrungsmittelpreise, so zeigt sich ein An-

stieg der Kerninflation. Sie blieb mit +2,2% aber deutlich unter der Erhöhung des VPI.

Der Anstieg des Wohnungsaufwands bleibt verhalten. Industriell-gewerbliche Güter verteuerten sich im III. Quartal gegenüber dem Vorjahr um 3/4%; die Unternehmen könnten in den nächsten Monaten allerdings verstärkt versuchen, den erdölpreis- und steuerbedingten Kostenanstieg auf die Preise zu überwälzen. Andererseits bringt die Liberalisierung des Elektrizitätsmarktes gleichzeitig einen drastischen Verfall der Stromkosten für die Unternehmen. Dies macht die Belastung des Unternehmenssektors durch den Erdölpreisanstieg mehr als wett.

Der nach einheitlichen europäischen Standards berechnete Harmonisierte Verbraucherpreisindex gewichtet zwar Treibstoffpreise höher, erfasst aber u. a. Steuererhöhungen nicht. Er stieg im September gegenüber dem Vorjahr um nur 2,2%. Im europäischen Vergleich bleibt der Preisauftrieb in Österreich demnach zurück: Im Durchschnitt der Euro-Länder erhöhten sich die Preise auf Verbraucherebene im September um 2,8%.

Die starke Verteuerung von Energie hat auf Haushaltsebene in den letzten Monaten dennoch den Zuwachs der Bruttoeinkommen in realer Rechnung weitgehend aufgezehrt. Im III. Quartal stieg der Tariflohnindex im Vergleich zum Vorjahr um 1 Prozentpunkt langsamer als der Verbraucherpreisindex. Allerdings bedeuten die Lohn- und Einkommensteuersenkung und die Erhöhung der Familienförderung, die Anfang 2000 in Kraft getreten sind, heuer noch eine kräftige Ausweitung der Nettomasseneinkommen, vor allem für die unteren Einkommenschichten. Dies begünstigt den privaten Konsum – er war im 1. Halbjahr real um 3 1/2% höher als im Vorjahr. Auch die Umsätze im Einzelhandel stiegen im 1. Halbjahr noch kräftig (real +4 1/4%). Das Juli-Ergebnis und erste Hinweise auf die Entwicklung im August zeigen aber eine sehr schwache Entwicklung. Steuererhöhungen und Transferkürzungen, die im Zuge der beabsichtigten Budgetkonsolidierung vorgenommen werden, dämpfen ab Jahresbeginn 2001 zusätzlich Einkommen und Nachfrage.

Die Herbstlohnrunde wurde mit den Tariflohnabschlüssen für die öffentlich Bediensteten und für die Metallindustrie eingeleitet. Während die Gehälter im öffentlichen Dienst für das Jahr 2001 unter den Rahmenbedingungen der geplanten Budgetkonsolidierung des Bundes im Durchschnitt um nur etwa 1,5% angehoben werden, steigen die Ist-Löhne in der Metallindustrie um 3,4%, die Tariflöhne um 3,7%. Dieser Abschluss trägt vor allem der guten Exportkonjunktur Rechnung. Insgesamt schöpfen die Lohnerhöhungen den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsspielraum (einschließlich Inflation) nicht aus; das trägt der Verschlechterung der Terms-of-Trade gesamtwirtschaftlich Rechnung.

REGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM VERRINGERT ARBEITSLOSIGKEIT

Die günstige Konjunkturlage schlug sich im Jahresverlauf auch deutlich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Zahl der unselbständig Beschäftigten (ohne Präsenzdienner und Bezieher von Karenzgeld) war von Jänner bis Oktober um durchschnittlich 1% höher als im Vorjahr. Im Oktober betrug der Zuwachs 21.300 (+0,7%).

Die Sachgütererzeugung expandierte im III. Quartal so stark, dass trotz hoher Produktivitätszuwächse auch Beschäftigung aufgebaut werden konnte. Die privaten Dienstleistungsanbieter weiten ihren Personalstand weiterhin merklich aus – das gilt insbesondere für die wirtschaftsnahen Dienstleistungen, für den Handel und den Tourismus. Im öffentlichen Dienst geht hingegen die Beschäftigung zurück. Hier mag auch die starke Inanspruchnahme der Möglichkeit des vorzeitigen Pensionsantritts vor dem Inkrafttreten der Pensionsreform eine Rolle spielen. Ein bedeutender Beschäftigungsrückgang war aufgrund der schlechten Nachfrage auch in der

Bauwirtschaft zu verzeichnen, im III. Quartal lag die Zahl der Arbeitsplätze um mehr als 9.000 (-3%) unter dem Vorjahreswert.

Die rege Arbeitskräftenachfrage bewirkt nun einen deutlich stärkeren Rückgang der Arbeitslosigkeit als in der Vergangenheit. Das ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sinkt, die „stille Reserve“ in den letzten Jahren verringert wurde und die Anstrengungen der Arbeitsmarktpolitik zuletzt deutlich verstärkt wurden. Im Oktober waren durchschnittlich 171.500 Arbeitslose vorgemerkt, um 23.000 weniger als ein Jahr zuvor. Die saisonbereinigte Arbeitslosenquote verringerte sich damit nach traditioneller österreichischer Berechnung auf 5,6% der unselbständigen Erwerbspersonen. Die nach dem Labour-Force-Konzept der EU berechnete Quote betrug nur noch 3,1% der Erwerbspersonen. Österreich weist damit nach Luxemburg und den Niederlanden die drittniedrigste Arbeitslosenquote in der EU auf.

Abgeschlossen am 7. November 2000.